

Berechnungen eine wertvolle Quelle und ihre Erschließung eine beachtliche Leistung, für die dem Autor mit Recht ein Preis der Südosteuropa-Gesellschaft zuerkannt wurde.

Andreas Bode

München

D a n k ó , I m r e *A hortobágy hídi vásár* [Der Brückenmarkt in der Hortobágy], in: *Műveltség és Hagyomány. Studia ethnologica Hungariae et Centralis ac Orientalis Europae* 15-17(1972—1974) S. 207—223.

Zu den heute aus touristischen Gründen künstlich (und in verarmter Gestalt) neubelebten Veranstaltungen gehört der bis 1945 regelmäßig abgehaltene große Jahrmarkt im Zentrum der Hortobágy (an einer steinernen Brücke am Hortobágy-Fluß, unweit der Tscharda von Hortobágy; deswegen auch die Bezeichnung *hídi vásár* = Brückenmarkt; zeitweise war auch die ironische Bezeichnung *betyár-vásár* = „Wegelagerer-Markt“ in Gebrauch). Die günstige Mittellage in dieser Puszta-Landschaft hat es ermöglicht, daß sich hier, wo schon im 14. Jh. eine Fähre sowie eine Zollstelle in Betrieb gewesen waren, im 19. Jh. dieser wichtige Jahrmarkt entwickeln konnte (erstmal 1825, und zwar als Pferdemarkt, nachgewiesen). Der Verf. beschreibt die Geschichte dieser in ihrer Bedeutung ständig wachsenden Einrichtung, an der neben Vieh allmählich auch Waren, Handwerksgeräte aller Art und verschiedener Herkunft (z. B. Holzgeschirr aus dem Komitat Bihar) angeboten worden sind.

Ekkehard Völkl

Regensburg

#### UNGARN SEIT 1918

Adriányi, Gabriel *Fünfzig Jahre ungarischer Kirchengeschichte 1895—1945*. Mainz: v. Hase u. Koehler Verlag 1974. 186 S. 1 Karte = *Studia Hungarica* 6.

In einem knapp gehaltenen „kirchengeschichtlichen Überblick“ geht die vorliegende Arbeit von der engen Verbindung des ungarischen Reiches mit der Kirche aus, die vom Apostolischen König Stefan I. (bis 1038) begründet bis zur Entmachtung des Reichsverwesers Horthy am 16. Oktober 1944 dauerte. Die Darstellung ist hauptsächlich auf das Studium der Akten des Auswärtigen Amtes in Bonn gegründet. Im Anhang sind daraus 25 Dokumente abgedruckt, die von 1942 bis 1944 aus Ungarn nach Berlin gingen und einmal mehr das engmaschige Netz der nationalsozialistisch-weltanschaulichen Ausforschung zeigt, das über ein „verbündetes“ Land ausgebreitet war.

Der Ausgangspunkt des historischen Berichtes, das Jahr 1895, ist sachlich berechtigt, da in dieser Zeit der regierende Nationalliberalismus in Ungarn seinen Höhepunkt erreicht hatte, aber sich auch schon seinem Verfall näherte.

Während Moritz Csaky (*Der Kulturkampf in Ungarn*, Graz [u. a.] 1967) die passive, ja entgegenkommende Haltung der ungarischen Bischöfe ange-

sichts der kirchengegnerischen Gesetze von 1894/95, welche vor einer entschiedenen Konfrontation mit der laizistischen Staatsführung zurückschreckten, um nicht ihren überreichen Latifundienbesitz und ihre politische Stellung im Herrenhaus aufs Spiel zu setzen, mit größtem Verständnis betrachtet, teilt Adriányi die Auffassung, die der Reformbischof Ottokar Prohászka im Jahre 1898 niedergeschrieben hat: „Die Kirchenpolitik der letzten 50 Jahre war auf Seiten des Staates von Anfang an kirchenfeindlich, bei Beginn leidenschaftlich, im Verlauf unehrlich und am Ende willkürlich. Sie war seitens der Kirche völlig unbeholfen, ein mutloses Klagelied. Anstatt entschiedenen Widerpruchs, gab es Kompromisse mit goldenen Ketten, ein Spiel mit der königlichen Autorität, Nachgiebigkeit, Ausweichen und ständigen Verlust des Lebensraumes“.

Die Ernennung der Bischöfe lag seit dem „Ausgleich“ von 1867 völlig beim Kultusministerium in Budapest. Der Papst hatte lediglich das Recht der Präkonisation, wurde aber doch meistens vor vollendete Tatsachen gestellt. Deshalb finden wir nach einer Charakterisierung des Verfs. „religiös-farblose und wenig eifrige, aber um mehr der liberalen Regierung ergebene politisierende Kirchenfürsten“, die natürlich an einer kraftvollen religiösen Volksbewegung nur wenig Interesse hatten.

Den religiösen Substanzverlust des ungarischen Bürgertums zeigt das vorliegende Werk in einem düsteren Bild. Obwohl „die Erziehung der Jugend doch größtenteils von den Kirchen wahrgenommen wurde“, war die Teilnahme am Gottesdienst und den Hl. Sakramenten mehr als dürftig. Die Trauungen wurden zwar vor dem Altar geschlossen, „doch die damit verbundene Beichte war oft die letzte vor dem Tod“.

Die Stagnation des kirchlichen Lebens läßt sich auch an den Katholikentagen ablesen. Während in Deutschland solche Jahresversammlungen schon seit 1848, in Italien seit 1874, in Österreich seit 1877, in Spanien seit 1889 stattfanden, wurde der erste ungarische Katholikentag vom 17. bis 19. August 1900 in Budapest gehalten. Der Hauptredner dieser Großveranstaltung war Bischof Prohászka, der auch der wichtigste Vorkämpfer der katholischen Sozialbewegung wurde. Eine entscheidende Ursache für das späte Erwachen des ungarischen Katholizismus aus seiner Lethargie, war der Alphabetismus. Während 1918 in Deutschland sich die Zahl derer, die nicht lesen und schreiben konnten, auf 0,4 % belief, waren in Ungarn von 100 Erwachsenen 33 lese- und schreibunkundig. Es war daher nicht schwierig, auf den Dörfern die Wahlen im Sinn der herrschenden liberalen Partei zu lenken.

Adriányi zitiert einen Bericht des deutschen Generalkonsuls Waecker-Gotters aus Budapest vom 12. Juli 1872 an Bismarck: „Die letzte Wahlkampagne hinterläßt bei allen Gebildeten im Lande den erhöhten Eindruck des Eklers. Es ist fast wörtlich zu nehmen, wenn man sagt, daß durch vier Wochen so gut wie das ganze Land betrunken war, und, die blutigen Gewalttätigkeiten ganz abgerechnet, ist das ganze Wahlverfahren in seiner gegenwärtigen Gestalt ein garstiges Bild der Korruption gewesen. Die regierende Partei, die vermittels der neuen Komitatsversammlung meistens im Besitz der Wahlbehörden war, hat jede Art von Willkür und Gewalt, die Opposition dagegen Vorspiegelungen und Einschüchterungen angewandt, von beiden Seiten ist die Behauptung mit größter Schamlosigkeit geübt worden. Man berechnet die Kosten eines Mandats in den ungarischen Reichstag auf mindestens 10.000 fl., in vielen Fällen steigen sie aber auf das fünf- bis sechsfache und allein der Wert des vertrunkenen Weins wird auf Millionen geschätzt. Die Gentry bezahlt ihre Lust, die Herrschaft in Händen zu halten, mit ihrem allmählichen Ruin“.

Das organisatorische Versagen der bischöflichen Behörden angesichts der dringenden Aufgaben der Seelsorge trat kaum irgendwo deutlicher zutage als in Budapest, das nur 16 Pfarreien zählte, die noch dazu von einem Stadtrat besetzt wurden, der vier bis fünf praktizierende Katholiken aufwies, während die übrigen 400 bis 500 Mitglieder dieses Gremiums der Kirche fernstanden. (Seelsorgerisch ungünstige Mammutpfarreien gab es aber auch außerhalb der Hauptstadt. Die Pfarrei Zalaegerszeg, die der damals 27 jährige, spätere Kardinal Mindszenty übertragen bekam, umfaßte 20.000 Katholiken (Mindszenty, J., Erinnerungen, 1974, S. 21). Diese Verhältnisse änderten sich erst spürbar ab 1905, als die Parlamentswahlen den Herrschenden der liberalen Partei (*Szabadelvű Párt*) eine völlige Niederlage brachten und der katholische Politiker Graf Albert Apponyi Kultusminister wurde. Dieser konnte die Ernennung von zwei eifrigen („ultramontanen“) Bischöfen, Ottokár Prohászka und János Csernoch, durchsetzen. Die ersten Ansätze zur Überwindung der kirchlichen Lethargie fallen allerdings schon in die letzten Jahre vor der Jahrhundertwende, als zur Abwehr der regierenden Liberalen die katholische Volkspartei gegründet wurde. Eine katholische Presse entstand. 1896 gab es in Budapest nicht ganz 5% katholische Zeitungen. Die fast 10 Millionen ungarischer Katholiken lasen 1906 nur etwa 35.000 Exemplare kirchlich gesinnter Tageszeitungen, während in Deutschland auf 18 Millionen Katholiken 110 Zeitungen mit 700.000 Exemplaren fielen. Verhältnismäßig großen Raum widmet der Autor dem Presseapostolat des Jesuitenpaters Béla Bangha.

In begeistertsten Worten wird das Wirken des heiligmäßigen Bischofs Ottokár Prohászka von Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), 1905 von Pius X. geweiht, in das Licht gerückt, eines Oberhirten, der „zweifelsohne die größte Gestalt der katholischen Kirche seit dem Tod des Kardinalprimas Péter Pázmány (1635) war“. In der Gefolgschaft des Rundschreibens Leos XIII. „*Rerum novarum*“ war er nicht nur ein wortmächtiger Prediger der sozialen Gerechtigkeit, so z. B. auf dem deutschen Katholikentag zu Frankfurt/Main 1921, sondern hatte auch den Mut, angeregt durch den deutschen Bodenreformer Adolf Damaschke, ein Viertel seines Grundbesitzes an Kleinbauern zu vergeben. Mit Recht wird die Indizierung weitverbreiteter religiöser Bücher Prohászkas, übrigens der einzigen theologischen Schriften Ungarns, die jemals dieses bittere Schicksal traf, als „ein Skandal der modernen Kirchengeschichte“ gekennzeichnet.

Ebenso wie Prohászka haben auch zwei andere Persönlichkeiten Ungarns in der Zwischenkriegszeit ein achtungsvolles Gehör beim österreichischen und deutschen Klerus gefunden: P. Béla Bangha SJ (gest. 1940), der wissenschaftliche Apologet und hochbegabte Journalist, der häufig in den beiden österreichischen Wochenzeitschriften „Das neue Reich“ und „Die schönere Zukunft“ zu Worte kam. Noch zu Beginn des 2. Weltkrieges sind die ins Deutsche übersetzten Predigten von Tihamér Tóth, der als Bischof von Veszprém wenige Tage nach seinem Amtsantritt starb, von vielen deutschen Priestern als Vorlage für ihre Wortverkündigung benützt worden.

Eine Bewährungsprobe forderte vom ungarischen Katholizismus die am 21. März 1919 proklamierte ungarische Räterepublik. Sie dauerte nur 133 Tage und konnte ihre schon gleich zu Beginn herausgegebenen Dekrete, die auf die Vernichtung aller Religionsgemeinschaften zielten, nicht völlig durchführen. Der Aufforderung der kommunistischen Regierung, sich für einen anderen Beruf umschulen zu lassen, folgen nicht mehr als 122 katholische Geistliche. Dagegen wurden viele Priester und Ordensleute gefoltert und eingesperrt.

Zahlreiche Geistliche und glaubenstreue Laien wurden hingerichtet oder ohne Urteil ermordet. Zu den Gefangenen der Räterepublik gehörte auch Mindszenty.

Nach dem 1. Weltkrieg hatte in dem auf ein Drittel seines früheren Reichsgebietes verkleinerten Ungarn „die katholische Kirche zum ersten Male seit der Regierung Maria Theresias (1740—1780) wieder Gelegenheit sich völlig unbeschränkt zu entfalten. Sie tat dieses auch und es kam zu einer großartigen religiösen Wiedergeburt bis sie unter den Trümmern des 2. Weltkrieges verschüttet wurde“ (S. 96).

Eine tragische Parallele zum Eucharistischen Weltkongreß in Wien 1912, der noch einmal eine Repräsentation der Völker der Habsburger Monarchie darstellte, bildete 1938 der 34. Eucharistische Weltkongreß in Budapest mit dem Päpstlichen Legaten Eugenio Pacelli. Die Nation wurde dem Heiligsten Herzen Jesu geweiht: Ein glanzvoller Abschied vom alten Apostolischen Königreich (den sog. Reichsdeutschen war die Teilnahme am Eucharistischen Weltkongreß untersagt worden).

Die Einbeziehung Ungarns in das deutsche Bündnisssystem führte seit dem Beginn der 40er Jahre zu einer Ermutigung rechts-radikaler Politiker, zur Verbreitung national-sozialistischer Ideen und nicht zuletzt zur Überwachung des katholischen Klerus durch die deutschen diplomatischen Vertretungen und ihre einheimischen Zuträger. Der im Dezember 1927 zum Erzbischof von Esztergom und Primas von Ungarn sowie einige Tage später zum Kardinal ernannte Jusztinián Serédi wandte sich gegen die Rassenlehre der Nationalsozialisten. Der Primas des Königreiches hat die katholisch-naturrechtlichen Prinzipien der „physisch-psychischen Freiheit aller Menschen“ in jeder möglichen Schärfe ausgesprochen. Der Apostolische Nuntius Rota, der Serédi in dieser Haltung bestärkte, übte seine Sendung mehr im karitativen als im politischen Bereich aus. Die beiden kirchlichen Würdenträger konnten leider nur die zum Katholizismus konvertierten Juden ebenso wie die israelitischen Mitbürger der Hauptstadt einigermaßen schützen. Der Versuch, Juden vor dem Abtransport in die Vernichtungslager zu bewahren, war lebensgefährlich. Zwei katholische Schwestern, die Juden verborgen hatten, wurden erschossen. Die Anstrengungen der Bischöfe um den Schutz der Menschenrechte blieben unbedankt. Besonders war das der Fall bei Bischof Mindszenty von Veszprém, der als der Urheber eines Schreibens der westungarischen Bischöfe an die Regierung Szálasi vom 27. November 1944 mit der Bitte um Beendigung des bereits verlorenen Krieges (die Russen hatten Ostungarn besetzt) galt und von den Pfeilkreuzlern eingesperrt wurde.

Das Gesamturteil über die gewissenhafte Arbeit Adriányis kann nur positiv ausfallen. Leider hat er aber vom deutschen Leser zu viele Vorkenntnisse erwartet. Man hätte gerne etwas erfahren über den allzu reichstreuen Chauvinismus mancher magyarischen Bischöfe, die mit strengen kirchlichen Maßnahmen gegen die geistlichen Führer nationaler Minderheiten, wie gegen den slowakischen Pfarrer Hlinka, eingeschritten sind. Es hätte ferner dem Buch zum Vorteil gereicht, wenn der Verf. ausführlicher auf das bittere Problem der Dorfarnut eingegangen wäre, über das man bei uns hauptsächlich durch kommunistische Schilderungen wie die von Gyula Illyés, „Pußtavolk“ (Puszták népe), und moderne Romane mehr oder minder genau unterrichtet ist. Von Bedeutung ist für den deutschen Leser das Zitat Adriányis, daß der in Deutschland umstrittene Apostolische Nuntius Cesare Orsenigo, freilich aus durchaus vertretbaren Gründen, als Gesandter des Vatikans in Budapest (1925—1930) einen sehr negativen Eindruck hinterließ.

Dem Buch ist eine Karte beigegeben, die leider nur für den hilfreich ist, der bereits über gründliche Kenntnisse der Geschichte und Kirchengeschichte der ungarischen Länder verfügt. — Druckfehler: Statt Bülow muß es Below heißen (S. 31); statt Appersdorf müßte Oppersdorf stehen. Auf S. 73 ist das Geburtsjahr von Tihamér Toth irreführend zitiert.

Joseph Staber

Regensburg

Révész, László *Die magyarische Minderheit in der Tschechoslowakei*, in: Der Donauraum 19(1974) S. 25—46.

Als Ungarn nach dem 1. Weltkrieg ein Gebiet von 60366 qkm an die CSR abtreten mußte, entstand vor allem in der Slowakei eine beträchtliche magyarische Minderheit. Zwar wurden im Friedensvertrag von Trianon (4. Juni 1920) den Minoritäten Schutzrechte zugestanden, doch hielt sich die Regierung der Tschechoslowakischen Republik nicht daran. Im Zuge einer Agrarreform enteignete sie die Großgrundbesitzer und verteilte den Boden an Tschechen und Slowaken. Durch eine Neueinteilung der Komitate und Manipulationen bei Volkszählungen erreichte man, daß die Magyaren die 20% — Grenze, die den Minderheiten gewisse kulturelle, sprachliche und dadurch auch politische Rechte gab, nur noch in wenigen Fällen überschritten. In der Zeit zwischen 1945 und 1948 wurden viele Ungarn deportiert oder des Landes verwiesen; Sondergerichte, die Faschisten aburteilen sollten, gingen in besonderem Maße gegen Magyaren vor. Aus Angst vor Übergriffen der Regierung, die einen slawischen Nationalstaat errichten wollte, ließen sich viele Ungarn „reslowakisieren“, d. h. sie durften die Staatsbürgerschaft behalten und in ihren Wohnorten bleiben, wenn sie erklärten, Slowaken zu sein. Als 1948 die Rechte der Minderheiten zum Teil wiederhergestellt worden waren, erlaubte man die Gründung der C s e m a d o k, eines „Kulturverbandes Ungarischer Werkträger in der Tschechoslowakei“ (S. 37). Dieser Verband setzte sich für die Interessen der magyarischen Minorität ein, mußte aber nach dem Nationalitätengesetz vom 28. Oktober 1968 seine Tätigkeit „auf die Pflege der ‚fortschrittlichen‘ nationalen Tradition im Interesse der Festigung der tschechoslowakischen Staatlichkeit“ (S. 41) beschränken. Die negativen Folgen des „Verfassungsgesetzes über die Nationalitäten“ (S. 39) zeigen sich auch am Rückgang der ungarisch-sprachigen Presse und der wirtschaftlichen Benachteiligung von Gebieten, in denen ein hoher Prozentsatz Magyaren lebt. — Bei der Datierung des Sprachengesetzes auf den 29. Februar 1919 (S. 27 f.) handelt es sich um einen Druckfehler; richtig: 29. Februar 1920! (vgl. Helmut Slapnicka *Die böhmischen Länder und die Slowakei 1919—1945*, in: *Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder*, hg. v. Karl Bosl, Bd. IV: *Der tschechoslowakische Staat im Zeitalter der modernen Massendemokratie und Diktatur*, Stuttgart 1970, S. 32.)

Rudolf Gleißner

Regensburg

Várdy, Béla *Hungarian Historiography and the Geistesgeschichte School. A magyar történettudomány és a szellemtörténeti iskola*. Cleveland, Ohio: Arpad Academy 1974. 96 S.

Der Verf. charakterisiert die ungarische Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit, die von der sogenannten „Geistesgeschichtlichen Schule“ geprägt war; es geht ihm hauptsächlich darum grundsätzlich aufzuzeigen, daß diese „geistesgeschichte period“ viel weniger homogen war als bisher angenommen.

Mit 1918 begann dieser neue Abschnitt der ungarischen Historiographie. Es steht hier ein Beispiel vor Augen für die „Selbstfindung“ der bisher in ihrem geschichtlichen Bewußtsein weitgehend von Österreich beeinflussten „magyar soul“. Noch im 19. Jh. schien kaum ein besonderer Wille zu Eigenleistungen auf geistiger Ebene vorhanden gewesen sein. „Über Wien“ waren die meisten westlichen Ideen ins Land gekommen. Was dann die ungarische Historiographie dennoch zu leisten imstande war, wirkt daher bei solchen Voraussetzungen umso erstaunlicher. Diese wichtige Phase in einem knapp gehaltenen Beitrag zusammengestellt zu haben, muß Várdy als Verdienst angerechnet werden. Es gelingt ihm, ein überschaubares Gesamtbild zu entwerfen und die Komplexität dieser Phase angemessen zu erfassen und verständlich zu machen.

Knapp und doch informativ macht der Beitrag den Aufstieg dieser Schule deutlich und läßt dabei ahnen, wie sehr die Geschichtswissenschaft des „interwar“ von Einzelpersönlichkeiten getragen und geprägt wurde. Die Vertreter der fünf maßgeblichen (konkurrierenden) Richtungen werden dementsprechend hervorgehoben und als kennzeichnend für ihre Schulen behandelt („Kulturgeschichte“ mit Dománovszky, „Ethnohistory“ mit Malýusz, „Geistesgeschichte“ mit Szökzy, „Universal History“ mit Hynals und die „National Romantic School“ mit Zovanyis).

Bedauerlich bleibt, daß Várdy den Zusammenhang der Geistesgeschichte mit der politischen Situation zwar erwähnt, jedoch nicht weiter darauf eingeht. Beispielsweise wäre es wünschenswert, die Beziehung der „Geisteswissenschaft-School“ zum Erziehungsministerium eingehender zu erläutern. So aber wird die Geistesgeschichte als Bewegung zu eng gefaßt; auch die über den wissenschaftlichen Rahmen hinausgehende Wirkung wäre von Interesse. Besonders weitwirkend war ja das wechselseitige Verhältnis der Politik und der „Geistesgeschichte“ in Zusammenhang mit den katastrophalen Folgen der antisemitischen Kulturpolitik. Gerade in einer Arbeit, die sich mit der Geschichtsschreibung nach 1918 beschäftigt, dürfte eigentlich die Tatsache nicht fehlen, daß schon in der Anfangsphase des Horthy-Regimes einer der bedeutendsten Historiker Ungarns, Heinrich Marczaly, seiner Jüdischkeit wegen entlassen und isoliert worden ist. Noch heute bleibt kaum abzuschätzen, wie groß der Verlust für die ungarische Geschichtswissenschaft durch diese Maßnahme war. Dabei bedeute Marczalys Demission nur den prominentesten Einzelfall. Daß Várdy die Bedeutung dieser staatlichen Eingriffe unerwähnt läßt, mag mit dem Zwang zur Kurzfassung zu rechtfertigen sein. — Nach der Lektüre des Buches muß übrigens das abrupte Ende der Schilderung auffallend. Der Verf. hätte zumindest in einem gesonderten Kapitel auf die Rezeption der „Geistesgeschichte“ in der nachfolgenden marxistischen Geschichtsschreibung (etwa bei Molnár) eingehen können.

Wolfgang Lindl

Regensburg

Köves, Rózsa; Erényi, Tibor *Kunfi Zsigmond életútja* [Der Lebensweg Zsigmond Kunfis]. Budapest: Kossuth Kiadó 1974. 389 S.

Die Autoren schildern die Lebensgeschichte einer der wichtigsten Persönlichkeiten des linken Flügels der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei (MSZDP) vor und in der Zeit der Volksrepublik (16. Nov. 1918–21. März 1919) sowie der Räterepublik (21. März bis 1. Aug. 1919) und seine Tätigkeit in der Wiener Emigration nach dem Sturz der Diktatur des Proletariats. Die Wichtigkeit dieser Arbeit liegt darin, daß die Autoren die Schilderung der politischen Tätigkeit K u n f i s mit seiner literarisch-journalistischen Arbeit verbinden, wodurch man beides klarer sieht und begreift.

Das Buch besteht eigentlich aus zwei von einander getrennten Teilen: aus der eigentlichen Lebensgeschichte K u n f i s (bis S. 182) und einem Anhang (S. 184–367), in welchem seine wichtigsten ungarischsprachigen Artikel und Beiträge sowie einige seiner Briefe bzw. der an ihn gerichteten Briefe abgedruckt werden.

Es ist gelungen, K u n f i als einen ungarischen Patrioten und überzeugten Sozialdemokraten zu charakterisieren, der bemüht war, sich sowohl von dem eigenen rechten Parteiflügel als auch von den Kommunisten ständig zu distanzieren. Die Zusammenarbeit mit den radikalen Bürgerlichen des Typs J á s z i sowie mit den oppositionellen „48er“ (Graf K á r o l y i, Gyula J u s t h) und sogar mit den Freimaurern — bis er infolge eines Parteibeschlusses austreten mußte — schätzte er höher als eine Kollaboration mit rechten Sozialdemokraten und Kommunisten. Die öfters wiederholte Feststellung, er sei ein ausgezeichnete Stilist und Journalist gewesen (z. B. S. 40), muß man billigen, wenn man die im Anhang angeführten Beiträge liest. Auch die Schilderung der komplizierten Persönlichkeit K u n f i s ist gut gelungen, die sowohl in seinem Privatleben als auch in der beruflichen und politischen Karriere immer wieder in Erscheinung trat. Einerseits setzte er sich öfters gegen die Unterdrückung der Nationalitäten in Ungarn ein (wobei aber seine Darstellung, die Angehörigen der Nationalitäten seien hauptsächlich Kleingrundbesitzer oder Kleinbürger und nicht Proletarier, von erstrangiger Bedeutung ist, S. 64) und verlangte die Anerkennung des Rechts auf die nationale Selbstbestimmung (z. B. S. 104); andererseits trat er aber sogar an internationalen Beratungen der sozialdemokratischen Parteien im Ausland (z. B. in Bern am 3. 2. 1919) als Anhänger der territorialen Integrität des ungarischen Staates auf (S. 106). Nach der Unterzeichnung des Trianoner Vertrages am 4. 6. 1920, wodurch der Zerfall Großungarns besiegelt wurde, weigerte er sich jedoch nicht, die Nachfolgestaaten anzuerkennen. Seiner Meinung nach wollte das Horthy-Regime die irredentische Propaganda für die Ablenkung der Aufmerksamkeit von den sozialen Problemen ausnützen (S. 169).

1918/19 vertrat er die Auffassung, die ungarische Arbeiterklasse sei für eine sozialistische Revolution bzw. für die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats noch nicht reif genug; deshalb war er in der Periode der Volksrepublik ein überzeugter Anhänger der Koalitionsregierung. Er bekleidete während der neun Monate der bürgerlich-demokratischen und nachher der proletarischen Revolution ständig hohe Posten: Mitglied mit anderen drei Sozialdemokraten des am 25. Okt. 1918 gegründeten Nationalrates, nachher der Károlyi-Regierung, später des „Revolutionären Regierungsrates“ als Volkskommissar — obwohl er eigentlich ein sehr gemäßigter Revolutionär war. Er stand auf der Basis des Klassenkampfes (S. 101), protestierte in der Zeit der Volksrepublik gegen die Inhaftierung der Kommunisten (S. 109), in der Räterepublik aber gegen den bolschewistischen Terror. Am 21. 3. 1921 war er sogar gegen die Vereinigung der Sozialdemokraten und Kommunisten (S. 119). Er mißbilligte die Aneignung und den Mißbrauch der Macht durch kleine

Parteigruppen (134). Es ist daher kein Zufall, daß die Komintern ihn heftig kritisierte und stark angriff (S. 128). Auch nach dem Sturz der Räterepublik, in seiner Wiener Emigration, machte er die Kommunisten für Ungarns Schicksal verantwortlich (S. 145). Im Gegensatz zu Károlyi — aber zusammen mit Jászai — hat er die Zusammenarbeit mit den Kommunisten bis Ende seines Lebens abgelehnt (S. 154). In seinem Zweifrontenkampf griff er aber auch die sozialdemokratische Parteiführung in Ungarn an, besonders wegen des Bethlen-Peyer-Paktes (1926, S. 156). Erst nach 1925 kam er näher zur Parteiführung (S. 161).

Als einer der intelligentesten Funktionäre der SDP war er oft auf Reisen und vertrat seine Partei besonders während des Krieges an mehreren internationalen sozialdemokratischen Treffen und Konferenzen. Er starb mit 60 Jahren, am 18. November 1929, in Wien.

László Révész

Bern

Fenyő, Mario D. *Hitler, Horthy und Hungary. German-Hungarian Relations, 1941—1944.* New Haven und London: Yale University Press 1972. IX, 279 S.

Das vorliegende Buch ist ein ausgezeichnetes Werk über die Geschichte der schweren Kriegsjahre (1941-44) Ungarns. Der Verf. arbeitete auf Grund eines enorm großen Quellenmaterials, er berücksichtigte sowohl die nicht-veröffentlichten Archivalien als auch die breite Fachliteratur in ungarischer und in westlichen Sprachen. Sein ausgezeichnetes Werk ist die Frucht einer fleißigen Forschungsarbeit. Die Objektivität des Verf. kann unter keinen Umständen in Frage gestellt werden, trotzdem sieht man aber auch sein persönliches Engagement für die Klarstellung einiger diskutierten Fragen. Der Leser spürt, daß die persönlichen Kontakte zur Materie und zu zahlreichen Persönlichkeiten der damaligen Zeit nicht fehlen und gerade deshalb muß man die über alles stehende Objektivität des Verfs. besonders hervorheben. Die Veröffentlichung eines solchen Werkes ist besonders wichtig, weil die osteuropäische Fachwissenschaft diesen Zeitabschnitt meistens all zu sehr „parteilich“, d. h. vom Klassenstandpunkt aus bewertet und behandelt. Fenyő korrigiert die Behauptung der ungarischen Historiker, die die Kollaboration Ungarns mit dem Dritten Reich als Betrug der herrschenden Klasse und nicht als Folge des Druckes von auswärts darstellen (S. 113). Die sachliche Darstellung der Tätigkeit von Reichsverweser Horthy und von Ministerpräsident Kállay ist gerade vom erwähnten Gesichtspunkt her sehr wichtig.

Sehr interessant und in vielen Details neu ist die Schilderung der ungarischen Diplomatie, welche das Land vom Krieg möglichst fernhalten wollte. Die Politik der Regierung, die nach dem 1. Weltkrieg verlorenen, von Ungarn bewohnten Gebiete Großungarns friedlich mit deutscher Hilfe zurückzugewinnen (1938/39 von der Tschechoslowakei, 1940 von Rumänien, 1941 von Jugoslawien), gleichzeitig aber für die aggressiven Pläne Hitlerdeutschlands möglichst wenig zu tun, ferner die Kontakte zu den Westmächten aufrechtzuerhalten — wird in Details, in einer spannenden Form, aber mit wissenschaftlicher Objektivität, dargestellt. Als Folge dieser Diplomatie blieb der ungarische Einsatz bis März 1944 weit hinter jenem der Rumänen zurück, weshalb Stalin in seiner Rede vom 23. 2. 1942 als Unterstützer Deutschlands nur Italien, Rumänien und Finnland erwähnt (S. 34) — obwohl man deutscherseits schon 1942

eine „totale Kriegsbeteiligung Ungarns“ verlangte. Das Dritte Reich war auch mit den antisemitischen Maßnahmen Ungarns nicht zufrieden, da diese weit hinter jenen Rumäniens, Kroatiens und der Slowakei zurückblieben (S. 67). Weder Horthy noch Kállay duldeten antisemitische Kampagnen (S. 74, 76).

Der Verf. teilt die Auffassung des ehemaligen Ministerpräsidenten, Kállay, wonach unter den vielen Widerstandsformen Ungarns die wirtschaftliche die erfolgreichste gewesen sei (S. 79). Am Anfang 1944 wollte Kállay sogar die deutschen Militärtransporte über Ungarn sabotieren (S. 158). Horthy und Kállay konnten mit dieser Taktik erreichen, daß Ungarn bis März 1944 größere Unabhängigkeit genoß als die übrigen Satellitenstaaten (S. 121). Interessant sind die Mitteilungen über die Sympathie der Polen für Ungarn (S. 117), sowie über die verständnisvollere Haltung der USA gegenüber der ungarischen Politik als jene Englands (S. 142—143). Auch die Schilderung der deutschen Anstrengungen, die territoriale Frage zwischen Ungarn und Rumänien auszuspielen, ist gut gelungen (hauptsächlich S. 159, 165, 167). Interessant und weniger bekannt, in einigen Details sogar unbekannt, ist die Tätigkeit des Judenrates bei den Judendeportationen 1944 (S. 187—88).

Trotz sorgfältiger Forschungsarbeit hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Der Verf. behauptet, der Vertrag von Trianon vom 4. 6. 1920 hätte für Ungarn eine Armee mit 30 000 Mann erlaubt (S. 81); Art. 104 dieses Vertrages legte jedoch 35 000 Mann fest. Ferner behauptet der Verf., die ungarischen Regierungen hätten Trianon nicht „akzeptiert“ (S. 81), was sogar in dieser vorsichtigen Form nicht völlig richtig zu sein scheint. Auch eine zweite Behauptung Fenyő's scheint fraglich zu sein, nämlich: hätte Kállay die notwendigen personellen Änderungen in der Armeeführung getroffen, so hätte man vielleicht einen Widerstand organisieren können (März 1944) (S. 172). Meines Erachtens wäre ein solcher Widerstand möglich, aber aussichtslos gewesen.

László Révész

Bern

Korom, Mihály *Horthy kísérlete a háborúból való kiválásra és a szövetséges nagyhatalmak politikája* [Horthys Versuch aus dem Zweiten Weltkrieg auszuschneiden und die Politik der verbündeten Großmächte], in: Századok 108(1974) S. 836—878, 1062—1109.

Korom, Dozent an der Universität Szeged, behandelt dieses Thema sowohl in seinem Detail als auch in seiner Gesamtheit als erster im heutigen Ungarn. Die mit diesem Fragenkomplex beschäftigte Arbeit wird in den nächsten Jahren auch als Buch erscheinen. Der Verf. hatte zu seinem Thema weitgehende Forschungen betrieben und somit auch britische und amerikanische Archive benützt. Ihm sind auch die nicht geringen westlichen Veröffentlichungen bekannt und er schöpft aus solchen Publikationen (zum Beispiel aus der Münchener Zeitschrift „Uj Látóhatár“), die außerhalb des Landes in ungarischer Sprache erscheinen. Gedruckte sowjetische Veröffentlichungen sind in der Arbeit berücksichtigt worden; sowjetische Archive hingegen blieben dem Verf. verschlossen, obwohl er sie zu seiner Arbeit dringend benötigt hätte. Trotz dieses Mangels ist Koroms Veröffentlichung in mancher Hinsicht von Interesse, sie zeigt (ungewollt und gegen die Absichten des marxistischen Historikers) die verantwortungsvollen Bemühungen des Reichsver-

wesers Horthy, seinem Land 1944 das Schicksal eines Kriegsschauplatzes zu ersparen; sie führt das Desinteresse der westlichen Demokratien hinsichtlich der späteren Zukunft des Donauraumes vor Augen und dokumentiert eindeutig Stalins Machtgier, durch den Vorstoß der Roten Armee in Ost- und Mitteleuropa die Grenzen der zukünftigen sowjetischen Einflußsphäre immer weiter nach Westen zu verschieben.

*Peter Gosztony*

Bern

Teleki, Éva *Nyilas uralom Magyarországon 1944 október 16./1945 április 4* [Pfeilkreuzlerherrschaft in Ungarn. 16. Oktober 1944/4. April 1945]. Budapest: Kossuth Kiadó 1974. 390 S.

Die Autorin leistete eine beachtliche Forschungsarbeit, ihr Quellenmaterial ist einmalig, da es nicht nur verschiedene Archivmaterialien, sondern auch die in- und ausländische Fachliteratur sowie die Memoirenliteratur umfaßt. Von der ausländischen Fachliteratur berücksichtigt sie selbstverständlich in erster Linie Macartneys und Gosztonys Arbeiten. Leider schenkte die Autorin der systematischen Zusammenstellung geringere Aufmerksamkeit, so daß sie manchmal den „roten Faden“ verliert und sich wiederholt, z. B. bei der Schilderung der Versuche der Pfeilkreuzler nach dem 15. Oktober 1944, ein neues, „hungaristisches“, Ungarn aufzubauen. Sie widmet diesem äußerst wichtigen Anliegen ein ganzes Kapitel (S. 221—248); verstreut in anderen Kapiteln finden sich ebenfalls diesbezügliche Hinweise.

Im ersten Teil beschäftigt sich die Autorin mit den Vorbereitungen der Pfeilkreuzler zur Machtübernahme und sie schildert auch deren Programm (S. 53—69, hauptsächlich S. 63—69); im zweiten Teil (S. 71—150) behandelt sie die militärischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen Szálasis und seiner Anhänger in den ersten zwei Monaten nach der Machtergreifung. Im dritten Teil werden die Eroberung der Hauptstadt durch die Sowjetarmee und in diesem Zusammenhang Szálasis Besuch bei Hitler am 4. Dezember 1944 (S. 172 ff.), ferner die Evakuierung von Budapest, geschildert, während der vierte Teil („Die politische Niederlage der Pfeilkreuzler Partei“) (S. 221—296) die Pläne Szálasis zur Einrichtung des „hungaristischen Staates“ (hungarista állam) sowie die letzten zwei Monate der Szálasi-Herrschaft behandelt.

Beachtenswert ist die Bestrebung der Autorin zu Objektivität; sie weigert sich nicht, die militärische Qualität der deutschen Einheiten, z. B. bei der Debrecener Panzerschlacht vom 9. bis zum 20. Oktober 1944, direkt zu betonen. „Unter Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse befanden sich die sowjetischen Truppen in beinahe doppeltem Übergewicht, durch die Zusammenziehung der Panzereinheiten haben jedoch die Deutschen für kurze Zeit dies ausgeglichen“ (S. 73—74). Auch bei der Beschreibung verschiedener Aktionen, besonders der katholischen Kirche und des Vatikans, im Interesse der verfolgten Juden und oppositionellen Politiker bewahrte sie vollständige Objektivität (S. 140—141). Dem Widerstand der katholischen Kirche widmet sie beachtliche Aufmerksamkeit (S. 159—161) und erwähnt sogar die Verhaftung des damaligen Vesprimer Bischofs, Josef Mindszenty, am 27. November 1944 (S. 160). Während Mindszentys oppositionelle Haltung unter der Herrschaft der Pfeilkreuzler sehr positiv dargestellt wird, äußert sich die Autorin empört gegen den Brief des damals schon Graner Erzbischofs und

Primas von Ungarn, Kardinal Mindszenty, an den Justizminister am 5. Mai 1946 im Interesse der verhafteten Pfeilkreuzler. „Ich bitte um generelle Maßnahmen zwecks Linderung der Leiden der Verurteilten. Ich denke an die Suspendierung des Vollzugs der Urteile...“ Telekis Kommentar hierzu ist folgender: „So wurde der von den Szálasi-Leuten verhaftete Mindszenty — in seiner Einstellung gegen die Demokratie — zum Retter der Pfeilkreuzler-Henker“ (S. 296). Ebenfalls sehr interessant und objektiv ist die Schilderung des Durcheinanders im Zusammenhang mit Horthys Proklamation vom 15. Oktober 1944. Dafür, daß der Austritt Ungarns aus dem Krieg nicht gelungen ist, macht Teleki hauptsächlich die Politiker verantwortlich (S. 36). Auch bei der Schilderung von Horthys Antipathie gegenüber Szálasi (S. 44 ff.) bewahrte die Verf.in Objektivität.

Im Gegensatz zum sachlichen Ton klingen die Begriffe „Faschismus“ (vor dem 15. Oktober 1944) und nachher „totaler Faschismus“ nicht ganz seriös und klar (S. 60 usw.)

Von erstrangiger Wichtigkeit und von historischem Wert ist die Darstellung des Reglementes der Pfeilkreuzler-Partei (S. 115 ff.), besonders der Hinweis auf die strafrechtliche Immunität der Parteimitglieder (S. 131) und auf die Unterordnung des Staatsapparates unter jenen der Partei (S. 123 ff.). Auch in der Erörterung der Maßnahmen und Aktionen der Pfeilkreuzler gegen die Budapester Juden findet der Leser viele neue Quellen und unbekannt Details, so z. B. die Einteilung der Juden in 7 Kategorien (S. 131 ff.), die Rettungsaktionen Schwedens, der Schweiz, Portugals, Spaniens, des Vatikans und des Internationalen Roten Kreuzes (S. 139—140). Obwohl das Vorwort betont, „Wir versuchen es zum ersten Male... das Herrschaftssystem der Pfeilkreuzler aufzudecken...“ (S. 5), gelang dies nicht ganz zufriedenstellend. Angesichts der Kompliziertheit einer allgemeinverständlichen Darstellung des doppelten Herrschaftssystems (Partei und Staat) wäre es notwendig gewesen, das Verhältnis zwischen den parallelen Staats- und Parteiorganen auch in Diagrammen zu zeigen. Das Problem des vom ungarischen nationalsozialistischen Staat geduldeten Mehrparteiensystems hätte eine etwas ausführlichere Behandlung verdient, da hier ein wesentlicher Unterschied zu den übrigen „nationalsozialistischen“ Staaten bestand.

Telekis Arbeit ist trotz einiger Schwächen ein wichtiges Werk; es ist kaum möglich, das „nationalsozialistische“ System außerhalb Deutschlands ohne diese wertvolle Monographie zu studieren.

László Révész

Bern

Korbuly, Dezső *Zusammenbruch und Neubeginn in Ungarn. Die Ereignisse im Winter 1944/45*, in: Österreichische Osthefte 16(1974) S. 23—33.

Korbuly gibt sowohl Darstellung wie Vorgeschichte der Geschehnisse im Winter 1944/45, als der alte Staatsapparat durch die sowjetischen Truppen zerstört wurde.

Während die ungarische Bauernschaft lange Zeit hindurch ständig an der Grenze des Existenzminimums dahinvegetierte, gelang es einer dünnen Schicht Großgrundbesitzer (0,1 % der Gesamtbevölkerung) einen feudalen Lebenswandel aufrechtzuerhalten, der unter dem autoritären Regime Horthy seit 1919 konserviert wurde. Der gewinnbringende Agrarexport war nicht ein Er-

gebnis landwirtschaftlichen Überschusses, sondern die Folge der geringen Konsumfähigkeit der Bauern. Während die Partei der Kleinlandwirte seit 1930 gemäßigte Pläne der Bodenreform auf Kosten der Juden, nicht aber des Großgrundbesitzes, vertrat, schlossen sich 1937 demokratisch gesinnte Wissenschaftler und Journalisten in der „Märzfront“ zusammen, um dem Elend der Bauern durch eine radikale Reform abzuhelpfen.

Im Herbst 1944 brach durch den sowjetischen Einmarsch der Staat zusammen. Das „ausländische Komitee“ in Moskau lebender ungarischer Kommunisten (Rákosi, Gerő, Révi, Nagy u. a.) initiierte die Organisation eines Zusammenschlusses aller bedeutenden Parteien in der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront, die im Dezember 1944 ein Programm veröffentlichte, das noch im gleichen Monat zu Parlamentswahlen führte. In der entstandenen „Provisorischen Nationalversammlung“ waren die Kommunisten stärkste Partei. Zur Konsolidierung der neuen Staatsgewalt wurden sog. „Nationalkomitees“ gegründet, die weitgehend die Funktionen der Exekutive übernahmen. Um eine „sozialistische Demokratie“ durchzusetzen, schlossen sich die Kommunisten mit den Sozialdemokraten und der Nationalen Bauernpartei zusammen. Diesem Zusammenschluß gelang im Laufe des Jahres 1945 die Realisierung einer Bodenreform, die zwar weitgehend soziale Ungerechtigkeiten beseitigte, jedoch nicht das Problem der ländlichen Überbevölkerung lösen konnte. Trotzdem erreichte die Partei der Kleinlandwirte, die mittlerweile alle antikommunistischen Kräfte in sich konzentrierte, in den Parlamentswahlen im November 1945 die absolute Mehrheit, was — beim Fehlen eines konkreten politischen Programms — wohl auf die allgemeine Sehnsucht nach Rechtssicherheit und nach wirtschaftlichem Wachstum zurückzuführen ist.

*Christian Begemann*

*München*

Timár, Mátyás *Gazdaságpolitika Magyarországon 1967—1973* [Wirtschaftspolitik in Ungarn 1967—1973]. Budapest Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó 1973. 358 S.

Das Buch des langjährigen Professors an der Rechtsfakultät der Universität Budapest und gleichzeitig Vizeministerpräsidenten nimmt unter den Monographien über die ungarische Wirtschaftspolitik einen wichtigen Platz ein. Der Verf. behandelt gleichzeitig Politik und Wirtschaft, sein Buch ist das erste Werk, das die ungarische Wirtschaftspolitik unmittelbar vor und nach der Reform in zusammenfassender Form analysiert. Es besteht aus zwei Teilen: im ersten wird eine Übersicht über die Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftsreform vermittelt, verbunden mit einer ausführlichen Behandlung der ständigen Diskussion über wirtschaftliche Reformfragen; im zweiten Teil beschäftigt sich Timár hauptsächlich mit den Problemen der Auswirkung der Wirtschaftspolitik auf die sozialen Entwicklungen.

Der Verf. bietet einerseits mehr als im Titel angeführt, denn er gibt eine glänzende Zusammenfassung nicht nur der Wirtschaftspolitik vor und nach der Reform, sondern er schildert kurz und ausgezeichnet auch die Sozialpolitik der Regierung. Andererseits scheint das Buch etwas weniger zu bieten als man denkt und besonders von einem Spitzenjuristen erwartet, da er sich mit den Problemen der Entwicklung des Wirtschaftsrechts — einem wichtigen Instrument der Wirtschaftspolitik — nur nebenbei beschäftigt. Auf diese Weise

erkennt der Leser den Inhalt der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen nur sehr oberflächlich oder gar nicht.

Abgesehen von diesem Mangel bekommt der Leser ein abgerundetes Bild über die soziowirtschaftlichen Änderungen in Ungarn in der genannten Periode. Diese Tatsache verleiht dem Werk auch eine internationale Bedeutung, da es bekanntlich der ungarische „neue Wirtschaftsmechanismus“ ist, welcher heute unter den osteuropäischen Wirtschaftsreformen die meisten positiven Züge aufweist. Meisterhaft ist die kurze Schilderung der am 1. Januar 1968 angelaufenen Wirtschaftsreform der vorangehenden Periode (1957—1967), immer verbunden mit der Diskussion im Zusammenhang mit den Reformbestrebungen. Dieser kurze Teil macht dem Leser klar, weshalb die Reform unerlässlich war (S. 23—24): Anstatt des geplanten 36 %-igen Anstieges des Nettoeinkommens 1960—1965 nur 25 %; ständiges Defizit der Außenhandelsbilanz; Schwierigkeiten bei der planmäßigen Bewirtschaftung der Arbeitskräfte; falsche Preispolitik, weshalb viele Preise niedriger lagen als die gesellschaftliche Aufwendung dafür usw.

Als die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele des neuen Wirtschaftsmechanismus zählt Timar u. a. folgende auf: Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen, aber ohne Schwächung der zentralen Leitung (das Zentrum soll sich auf die Lösung von prinzipiellen Fragen beschränken), Verbindungen der zentralen Planung mit einigen Elementen der sozialistischen Marktwirtschaft, wobei er — wie auch die übrigen Spezialisten des Landes — Lenins Erklärung aus der Zeit der NEP zitiert (S. 42); Einschränkung der zentralen Warenverteilung (S. 68); neue Elemente in der Regelung der Außenwirtschaft (Unterstützung der Produktion für Export durch den Staat, z. B. S. 150); Neugestaltung der Investitionspolitik u. a. durch die Herabsetzung der Zahl der Investitionsobjekte (S. 103); richtige Bewirtschaftung der Arbeitskräfte (S. 108 ff.); Erhöhung der Agrarpreise (S. 99); Neuregelung der Preise für Konsumwaren (S. 120) usw.

Von besonderem Interesse sind die präzise Schilderung des Anstieges des Lebensstandards der Bevölkerung, die Hinweise auf die Einkommenskategorien (S. 117—118), wobei der Verf. nicht verschweigt daß es in der Entwicklung des Lebensstandards auch zu unerwünschten Differenzierungen kam (S. 236 ff., besonders S. 240). Völlig unbekannt in der Fachliteratur sind seine Hinweise auf die obersten Einkommenskategorien (über 100.000 Forint im Jahr). Als großes Positivum hebt er mit Recht hervor, daß der Staat den Bau von Eigentumswohnungen sehr großzügig unterstützt und fördert (S. 265).

Auch die Hinweise auf die künftigen Förderungspläne der Wirtschaft und auf die vorausgesehene Entwicklung des Wohlstandes sind sehr interessant. Er betont die Notwendigkeit einer „selektiven“ Förderungspolitik, unterläßt es jedoch, die Prioritäten zu setzen (S. 219 ff.). Es untersteht keinem Zweifel, daß die ungarische wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Vergleich mit jener in den übrigen Ostblock-Ländern gesünder ist, doch verheimlicht Timar nicht, daß die Entwicklung der Reallöhne und der Struktur des Konsums (S. 247 und 267) hinter dem Plan zurückblieben.

Die Schilderung der ungarischen Wirtschaftspolitik wird mit der kurz gefaßten Darstellung der interessanten Reformdiskussionen und mit der Reformpolitik in den übrigen RGW-Ländern ergänzt (S. 44 ff.). Dies ermöglicht dem Leser, die ungarische Reformpolitik im Rahmen der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu sehen und die Differenzen rasch zu erblicken. Das Werk ist ein unerlässliches Handbuch für Spezialisten der osteuropäischen

Wirtschafts- und Sozialpolitik, besonders wegen des großen Quellenmaterials, der Objektivität der Schilderung und des breiten Horizonts des zweifelsohne sehr vielseitigen Autors.

László Révész

Bern

Bérenyi, J. *Lohnsystem und Lohnstruktur in Österreich und in Ungarn*. Wien, New York: Springer: 1974. 111 S. = Studien über Wirtschafts- und Systemvergleiche 6.

Diese sowohl im Inhalt als auch im methodischen und formalen Aufbau und ebenso in den knappen Formulierungen hervorragende Studie eines am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche zeitweilig tätigen Mitarbeiters des Ökonomischen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften ist ein wesentlicher Beitrag zum Vergleich der Wirtschaftssysteme. Durch die Einbeziehung aller wichtigen Aspekte der Wirtschaft beider Länder sowohl in ordnungspolitischer als auch in prozessualer und entwicklungs-mäßiger Hinsicht werden vordergründige und einseitige Urteile vermieden. Indem die Untersuchung ein Vierteljahrhundert umfaßt, d. h. die Zeit von der ersten Stabilisierung der Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre, kann sie ebenso die divergierenden kurzfristigen als auch die langfristigen Tendenzen gut herausarbeiten. Dabei trifft ein Charakteristikum für beide Volkswirtschaften zu, das eindeutig die dynamische Wirkungskraft des rein ökonomischen Faktors — hier im Unterschied zu wirtschaftspolitischen Eingriffen — hervorhebt: „Freilich war die Nivellierung in erster Linie eine automatische Folge der hochgradigen und sehr raschen Steigerung der Beschäftigung“. Ferner: „Die lohnpolitische Erfahrung beider Länder zeigt, daß durch die Arbeitsmarktlage induzierte Lohnbewegungen durch“ zentrale „Anordnungen nur provisorisch verhindert und in eine andere Richtung gelenkt werden können. Ein tiefer Widerspruch zwischen der Arbeitsmarktlage und den Löhnen kann auf die Dauer nicht bestehen“ (S. 96). Dies kommt auch in der „Lohndrift“ zum Ausdruck, die ebenfalls in beiden Ländern auftritt, in direkter Form in Österreich im Auseinanderklaffen zwischen Tarif- und Ist-Löhnen, in indirekter Form in Ungarn. Eine gewisse Angleichung der Lohnsysteme und Lohnstrukturen ist insofern festzustellen, als mit steigendem Wohlstandsniveau die niederen Löhne an Gewicht verlieren und sich eine Verschiebung und Nivellierung zur Mitte hin ergibt, dabei tragen einerseits der Arbeitskräftemangel zum Ausgleich bei, als die einfache Arbeit leistenden Gruppen höher bezahlt, andererseits die lohnpolitische Erwägung, daß die niederen Einkommensstufen (einschließlich der Frauenlöhne) erhöht werden müssen, um deren Empfängern überhaupt eine erträgliche Existenz zu sichern. Unterschiedlich sind die politischen Lösungen insofern, als man in Österreich die untere Grenze der Löhne, in Ungarn die obere Grenze festlegt. So können sich in der Marktwirtschaft die Löhne und Gehälter nach oben frei bewegen, was zu einer größeren Differenzierung insbesondere aber zu sehr hohen Brutto-Spitze-einkommen leitender Angestellter in Österreich führt. Hier wäre wohl doch die Frage zu stellen, ob durch das progressive Steuersystem Österreichs nicht doch der Unterschied zwischen den Netto-Spitze-einkommen beider Länder erheblich vermindert wird. In Österreich beeinflußt die Regierung die Löhne nur indirekt, so z. B. durch Steuern und Transferzahlungen, zugleich aber begrenzt sie durch die Einkommenspolitik den Spielraum der Unternehmungen. Infla-

tionszeiten führten zu Nivellierungen der Löhne und Gehälter. Durch die Tendenz der Gewerkschaften, einen konstanten Lohnanteil festzulegen, wurden zugespitzte Konflikte im Lohnkampf vermieden.

Da in Ungarn die Lohnsteuer wegen ihrer Geringfügigkeit keine Rolle spielt, ist das wirtschaftliche Gleichgewicht sehr lohnempfindlich. So wurden die Grundlöhne nach oben begrenzt, von 1950 bis 1956 wurden Lohnmasse und Arbeitskräftezahl verpflichtend vorgeschrieben. Tarife wurden für das gesamte Land einheitlich festgelegt, erhöht wurden sie entsprechend dem Mehrertrag der Gesamtwirtschaft, eine Maßnahme, die der Verf. kritisiert, weil die Investitionsgütererzeugung stärker anstieg: „Dem Versuch, lediglich durch Abstimmung globaler Größen das wirtschaftliche Gleichgewicht zu gewährleisten, konnte demnach nur ein Teilerfolg beschieden sein“ (S. 26). Nach 1956 war eine beschränkte Beweglichkeit der Löhne möglich, die aber weder genug Anreize bot, noch eine stärkere Fluktuation verhindern konnte. Ab 1968 wurde der Marktmechanismus stärker berücksichtigt, was keineswegs immer die erwünschten Ergebnisse erzielte, für 1968 bis 1970 war dabei der jährliche Anstieg des Durchschnittslohnes auf 4% beschränkt. Durch die Neuregelung von 1971 wurde ein vermehrter Arbeitskräfteeinsatz durch steuerliche Maßnahmen verteuert, 1973 wurde in 16 Großbetrieben ein System eingeführt, das durch Arbeitskräfteeinsparung zur Lohn einsparung führen soll, das gewisse Unterschiede verringerte, die Qualifikationsunterschiede jedoch vergrößerte, eine Tendenz, die der Verf. auch für die Zukunft als zweckmäßig erachtet. Im Gesamtzusammenhang ist zu betonen, daß in Ungarn die Löhne stets in geringerem Ausmaß zunahmen als die Produktivitätssteigerung.

Im einzelnen wird die Lohnstruktur nach der Branchenhierarchie, deren Strukturkomponenten, nach der Qualifikation, dem Unterschied zwischen Arbeiterlöhnen und Angestelltegehältern, Männer- und Frauenlöhnen, der Relation Lebensalter und Löhne und nach Verdienststufen abgehandelt. Der letzte Abschnitt, über Arbeits- und Familieneinkommen, stellt die Leistungen für Familie und Kinder dar, mit dem Ergebnis, daß in Ungarn weit mehr Gewicht auf Dienstleistungen und Zuwendungen in Naturalform statt auf Barzuwendungen gelegt wird als in Österreich, und daß die Verringerung von Einkommensunterschieden bei gleicher Kinderzahl in Österreich über die progressive Lohnsteuer, in Ungarn über eine Staffelung der Entgelte für diese Dienstleistungen bewirkt wird.

Ein in Tabellen und graphischen Darstellungen kritisch verarbeitetes Zahlenmaterial stützt diese Aussagen. Da sich die Studie nur auf die Industrie — und in Österreich weitgehend nur auf die Wiener Industrie — erstreckt, wäre eine Ausweitung der Untersuchung auf die gesamtwirtschaftlichen Lohnsysteme und Lohnstrukturen beider Länder von außerordentlichem Interesse.

*Helmut Klocke*

*Pöcking*

**B a n g ó, J e n ő F.** *Das neue ungarische Dorf. Eine soziologische Untersuchung.* Bern: Schweizerisches Ost-Institut 1974. 88 S. = Tatsachen und Meinungen 27.

Bisher gibt es über die soziale Struktur im modernen ungarischen Dorf keine umfassende systematische und gleichzeitig ideologiefreie Arbeit. Der Soziologe **B a n g ó** (Belgien) hat daher versucht, anhand der zugänglichen

Literatur einen Überblick über die Veränderungen zu geben, die das ungarische Dorf seit der kommunistischen Machtübernahme betroffen haben.

Eine kurze historische Einleitung befaßt sich hauptsächlich mit den großen Zäsuren der Nachkriegszeit, mit der Bodenreform von 1945 („eine unmittelbare wirtschaftliche Notwendigkeit“, S. 87) und der endgültigen Zwangskollektivierung von 1959/1960. Durch die Bodenreform wurde die Gruppe der mittleren Bauern (durchschnittlich 5,1 Katastraljoch; S. 14 muß es heißen: 1 Kj = = 35755 m<sup>2</sup> nicht 5,755 m<sup>2</sup>) erheblich vermehrt, die nach der Kollektivierung als aktivste und stabilste Schicht in die neuen Kollektive eingingen, ohne ihre bäuerliche Mentalität im Wesentlichen einzubüßen. Ihre außerordentlichen wirtschaftlichen Erfolge im zugelassenen engen privaten Produktionsbereich („Hoflandwirtschaft“ nach B a n g ó) führt der Autor darauf zurück.

Die neuen politischen Verhältnisse haben die Zusammensetzung der Dorfgemeinschaft stark verändert. Neben den in der Landwirtschaft Tätigen bewohnen das Dorf immer mehr Familien, die zwar aus der bäuerlichen Schicht hervorgingen, deren Mitglieder aber reine Arbeiter, entweder in nahegelegenen Werken oder als Pendler in der Stadt, sind und zur Dorfgemeinschaft kaum Beziehungen haben. Andererseits findet man besonders unter den Führungskräften viele, die im Dorf arbeiten, aber in der Stadt wohnen. Die noch in der Landwirtschaft Tätigen sind keine Bauern mehr, sondern zum größten Teil Landarbeiter mit kleiner Hauswirtschaft. Aus ihnen haben sich drei Hauptschichten herausgebildet, mit denen B a n g ó in einem interessanten Kapitel sich am ausführlichsten beschäftigt (S. 33—55): 1. die Führungsgruppe, 2. spezialisierte Arbeiter, 3. einfache Arbeiter (S. 43). Zwischen ihnen gibt es auch in der sozialistischen Kollektivwirtschaft starke Klassenunterschiede — „der soziale Friede zwischen diesen Gruppen... ist noch weit entfernt“ (S. 44). Allen gemeinsam ist der Verlust der bäuerlichen Tradition und an deren Stelle die Nachäffung städtischer Untugenden, das Streben nach neuzeitlichem Komfort, beziehungsweise was man darunter versteht: eigenes neues Haus, Fernsehapparat und „nach Bedarf und Vermögen... auch ein Badezimmer...“ — im Grunde genommen dieselbe Entwicklung wie in Westeuropa, obwohl der Autor meint, hier sei der verhinderte Landhunger durch „Haushunger“ ersetzt worden (S. 24).

So aufschlußreich die Untersuchung von B a n g ó ist, so ist sie doch infolge der Kürze in vielen Teilen unklar formuliert. Die Frage, wer LPG-Mitglied ist, wer nicht, wird ungenau beantwortet. Man ist gezwungen zu zweifeln, ob LPG-Bauer gleich Kollektivbauer ist, wenn es einmal heißt: „Das ungarische Bauerntum ist heute völlig kollektiviert“ (S. 13), und ein andermal: „Im allgemeinen ist die Hälfte der Bewohner der dörflichen Siedlungen nicht Mitglied der LPG“ (S. 36). Wahrscheinlich sind mit dieser Hälfte die Fabrikarbeiter mit ihren Familien gemeint. S. 55—58 wird über „Probleme des Gehöftsystems“ geschrieben. Unter „Gehöft“ versteht man im allgemeinen die Wohn- und Produktionseinheit des Dorfes. Der Ausdruck kann deshalb nicht für das, was der Autor meint — wahrscheinlich die Einödhöfe — verwendet werden. Ebenso verschwommen bleibt der Begriff „Hofwirtschaft“, der offensichtlich für das steht, was die Landarbeiter in ihrer Freizeit privat erwirtschaften und frei verkaufen dürfen. Wie in der Sowjetunion bildet dieser Teil der Landwirtschaft einen geradezu lebenswichtigen Faktor der Volksernährung. Laut B a n g ó stellt diese private Wirtschaft 31 % des Pflanzenanbaus und 51 % (!) der Tierzucht und ist in ihrer enormen Effektivität trotz aller Beschränkungen somit geradezu ein Gegenargument gegen das Kollektivsystem. Das hätte meiner Meinung nach noch stärker herausgearbeitet werden sollen.

Insgesamt zeigt diese Arbeit, daß die allgemeine Entwicklung in Ungarn trotz aller örtlichen Verschiedenheit im Grunde genauso vor sich ging wie in den anderen sozialistischen Staaten. Interessant für Ungarn ist, daß sich um das alte Dorf mit den wirklich in der Landwirtschaft Tätigen eine neue Schale von Menschen bildete, die nur noch Bewohner sind, deren Arbeit und Interesse aber außerhalb des Dorfes liegen. Zu diesen „Pendlern“ ist eine neue Gruppe von Leuten gekommen, die meist in der Stadt wohnen, aber im Dorf arbeiten, wie Ärzte, Buchhalter, Kaderleiter usw.

Die Arbeit ist eine Zusammenfassung der hauptsächlich in Ungarn erschienenen Literatur über das Dorf, moduliert durch eigene Erfahrungen. Sie gibt eine Einführung in die heutigen Probleme, ohne aber, angesichts der allgemeinen Lage der Bauern in den sowjetischen Satellitenstaaten, wesentliche neue Erkenntnisse zu bringen.

Andreas Bode

München

## KUNST, KULTUR, WISSENSCHAFT

Kovács, Éva *Romanische Goldschmiedekunst in Ungarn*. Budapest: Corvina 1974. 64 S., 48 Abb.

Das auf den ersten Blick unbedeutende Bändchen entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als eine sorgfältige kunsthistorische Publikation. Kovács hat in dem ihr gesteckten Rahmen der von Pál Voit redigierten Reihe über Beispiele ungarischer Kunst die wichtigsten Zeugnisse romanischer Goldschmiedearbeiten in Ungarn vorgestellt, den Zeitraum von 1000—1301, dem Aussterben der Arpadendynastie, umfassend. Obwohl heute nur noch wenig Gegenstände erhalten sind, von denen die bedeutenderen sich zudem außerhalb Ungarns befinden, war das ungarische Mittelalter doch reich an wertvollen Erzeugnissen der Goldschmiedekunst. Da aus der Zeit vor der Christianisierung fast nichts erhalten blieb, gilt als ältestes bedeutendes Zeugnis heute das in München aufbewahrte Giselakreuz. Stephan I. von Ungarn, der Gemahl der bairischen Prinzessin Gisela, zog vermutlich viele deutsche Künstler und Handwerker an seinen Hof und gab damit dem Kunsthandwerk in seinem Land mächtigen Auftrieb. Hauptsächlich aber exportierte Ungarn das Rohmaterial, Gold und andere Edelmetalle, und führte Goldschmiedearbeiten aus dem deutschen Reich, Byzanz, im 13. Jh. auch aus Venedig und Limoges, ein. Die romanische Goldschmiedekunst in Ungarn ist deswegen in erster Linie importierte Kunst. Wie bei kunstgeschichtlichen Arbeiten leider üblich, kommt der historische Rahmen viel zu kurz. Die Herkunft der Schmuckstücke zum Beispiel hätte Anlaß zu einer Beleuchtung der kulturellen Beziehungen Ungarns zu Byzanz und dem Reich sein können. Stattdessen beschränkt sich die Autorin in der Hauptsache auf die Feststellung stilistischer Verwandtschaften und die Berichtigung älterer Auffassungen darüber. Einzig bei der Beschreibung der Funde im Grab Bélas III. kann der Historiker Einzelheiten über ungarische Hoheitszeichen erfahren. An den Text schließen sich 48 gut reproduzierte Photos an, die sehr genau, katalogartig, kommentiert sind.

Andreas Bode

München